

## **A2NEU4 Zeit für einen Klimakanzler!**

Antragsteller\*in: KV Südthüringen  
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

### **Antragstext**

#### **1 Warum wir für Klimagerechtigkeit kämpfen**

2 Stürme, Dürren, Brände: Laut Weltwetterorganisation tritt Extremwetter heute  
3 vier bis fünfmal häufiger auf als noch in den 1970er-Jahren. Bei der  
4 Flutkatastrophe im vergangenen Juli kamen in Deutschland knapp 200 Menschen ums  
5 Leben, das Hochwasser verursachte Schäden in Milliardenhöhe. - Der  
6 menschengemachte Klimawandel und seine Auswirkungen gehören längst zu unserem  
7 Alltag.

8 Deshalb haben sich 2015 194 Staaten und die Europäische Union mit dem Pariser  
9 Abkommen auf einen Neustart in der internationalen Klimapolitik geeinigt und  
10 streben an, die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf deutlich unter 2  
11 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und Anstrengungen zu  
12 unternehmen, um den Temperaturanstieg bei 1,5 Grad zu stoppen. Dennoch warnt der  
13 Weltklimarat (IPCC): Bereits 2030 könnte sich der Planet im Vergleich zum  
14 vorindustriellen Zeitalter um 1,5 Grad erwärmt haben – deutlich schneller also,  
15 als man bisher angenommen hatte!

16 Die Klimakrise ist für uns eine Gerechtigkeitskrise: Während die  
17 Industriestaaten maßgeblich zur Erderwärmung beigetragen haben und dies immer  
18 noch tun, sind die Hauptbetroffenen die Menschen des globalen Südens.

19 Klimaschutz ist für uns zuallererst ein gewaltiges Industrieprojekt. Wir wehren  
20 uns dagegen, die Verantwortung für den Klimaschutz auf Einzelpersonen  
21 abzuwälzen. Wenn Menschen ihr Verhalten klimabewusst ändern, beispielsweise  
22 ihren Fleischkonsum reduzieren oder vom Auto auf die Bahn umsteigen, ist das  
23 zwar ein wichtiger Beitrag.

24 Außerdem wollen wir nachfolgende Generationen für die Schaffung gerechter  
25 sozialer Verhältnisse, einen nachhaltigen Umgang mit der Natur und nachhaltiges  
26 Wirtschaften sensibilisieren. Denn ein Wandel hin zu nachhaltiger Entwicklung  
27 ist keine individuelle, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe, bei der wir die  
28 Kommunen als Träger:innen der Bildungseinrichtungen gewinnen wollen, die Bildung

29 für nachhaltige Entwicklung (BNE) ausweiten und begreifen z.B. Schulen,  
30 Volkshochschulen, Universitäten, Bündnisse oder Kirchen als Orte, an denen  
31 Nachhaltigkeit gelebt und vermittelt werden kann.

32 Gleichzeitig wissen wir, dass die Klimakrise nur bewältigt werden kann, wenn wir  
33 unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen. Wir stehen vor einer neuen industriellen  
34 Revolution, die fossile Wirtschaftsstrukturen überwinden und gute Arbeit in  
35 einer dekarbonisierten Wirtschaft ermöglichen muss.

36 Wie eine verfehlte Politik Arbeitsplätze vernichten kann, hat Deutschland in der  
37 Solarindustrie erlebt. Die rot-grüne Bundesregierung sorgte Anfang der 2000er  
38 dafür, dass Deutschland zum Weltmarktführer aufstieg. Dank Schwarz-Gelb gingen  
39 später in der deutschen Solarbranche viermal mehr Jobs verloren, als heute noch  
40 Menschen in der Braunkohleindustrie beschäftigt sind. Wir kämpfen deshalb für  
41 eine Politik, die gute Arbeit und konsequenten Klimaschutz nicht als Gegensätze  
42 versteht. Vielmehr sehen wir eine gescheiterte Klimapolitik als große Gefahr für  
43 den Wirtschaftsstandort Deutschland.

44 Unsere Klimapolitik orientiert sich am global noch verfügbaren CO<sub>2</sub>-Budget.  
45 Dieses bezeichnet die CO<sub>2</sub>-Emissionen, die von der Menschheit noch verursacht  
46 werden dürfen, um eine globale Erwärmung von 1,5 Grad nicht zu überschreiten.  
47 Die Verteilung dieses Budgets auf einzelne Staaten, insbesondere auch mit Blick  
48 auf die historisch hohen Emissionen der Industriestaaten, ist eine politisch  
49 hoch umstrittene Frage und kann nicht alleiniger Maßstab für klimapolitisches  
50 Handeln sein. Verteilt man die global noch verfügbaren Restemissionen pro Kopf  
51 ergäbe sich daraus ab Anfang 2020 für Deutschland noch ein Budget von 4,2  
52 Gigatonnen CO<sub>2</sub>. Dieses Budget erkennen wir als transparentesten  
53 Gerechtigkeitsmaßstab an und streben an, dieses nationale Budget nicht zu  
54 überschreiten.

55 Mit Blick auf die vielen offenen Fragen hinsichtlich des nationalen  
56 Budgetansatzes sieht das Pariser Abkommen explizit eine Abweichung davon vor und  
57 enthält in seinem Kern die Möglichkeit, Klimaschutzmaßnahmen in anderen Staaten  
58 zu finanzieren und so die maximale ökonomische Effizienz bei der  
59 Emissionsvermeidung zu erreichen. Diesem Mechanismus schließen wir uns an,  
60 möchten aber betonen, dass wir Länder des globalen Südens bei klimafreundlichen  
61 Industrialisierungsbestrebungen unterstützen wollen. Klar ist aber auch:  
62 Regelungen zur globalen Emissionsvermeidung dürfen nicht zur Ausrede für die  
63 Industriestaaten für heimisches Nicht-Handeln verkommen. Mit Blick auf die  
64 besonders hohe Klimaschuld Deutschlands, als historisch viertgrößter Emittent  
65 von Treibhausgasen, und seine besonderen Bedingungen als reicher Staat, streben  
66 wir deshalb die Klimaneutralität der Bundesrepublik bis 2035 an.

67 **Was wir wollen**

## 68 **1. Sozialwende**

69 Als Sozialdemokrat:innen sehen wir den Klimaschutz als Chance - Kluge  
70 Klimapolitik sichert und schafft Jobs, höhere Löhne sowie gute  
71 Arbeitsbedingungen. Dafür braucht es jetzt mutige Entscheidungen. Die 2020er  
72 Jahre müssen ein Investitionsjahrzehnt werden: Mit Investitionen in  
73 klimaneutrale Industrieanlagen, Energieversorgung, Mobilität, Gebäudesanierung  
74 und Wasserstoffinfrastruktur entstehen hunderttausende neue Arbeits- und  
75 Ausbildungsplätze im ganzen Land.

76 Gleichzeitig stehen die Beschäftigten z.B. im Kohlebergbau, der  
77 Automobilherstellung oder der Stahl- und Elektroindustrie vor großen  
78 strukturwandelbedingten Herausforderungen. Wir wollen dabei niemanden allein  
79 lassen, sondern die Aufgaben als Gesellschaft solidarisch schultern.  
80 Beschäftigte in diesen Industrien sollen weiterhin von sicheren Jobs profitieren  
81 und ihren Lebensstandard halten und verbessern können. Deswegen fordern wir ein  
82 Recht auf Weiterbildung verknüpft mit einer Einkommensgarantie – ein erster  
83 Schritt in diese Richtung ist das Transformationskurzarbeiter:innengeld.

84 Seit Anfang 2022 gibt es in Deutschland einen nationalen CO<sub>2</sub>-Preis auf fossile  
85 Brennstoffe im Wärme- und Verkehrsbereich. Zunächst mit 25 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>  
86 startend, soll dieser Preis schrittweise erhöht werden und 2025 55 Euro pro  
87 Tonne erreichen. In der Zeit danach soll die Bepreisung mit einem  
88 Emissionshandel und festen Preiskorridoren erfolgen.

89 Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung halten wir für ein wichtiges und effektives Instrument, um  
90 einen Anreiz für klimafreundliche Technologien zu setzen und  
91 Treibhausgasemissionen zu senken. Sie kann aber auch Ungerechtigkeiten  
92 verschärfen, weil sie insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen  
93 belastet. Das wollen wir ändern und den CO<sub>2</sub>-Preis zu einem echten  
94 Umverteilungsinstrument machen!

95 Damit er eine stärkere Steuerungswirkung entfaltet, muss der CO<sub>2</sub>-Preis bereits  
96 ab dem 1. Januar 2023 auf mindestens 60 Euro pro Tonne erhöht werden und  
97 möglichst schnell einen Wert von 195 Euro erreichen – denn so hoch liegen laut  
98 Schätzung des Umweltbundesamtes die langfristigen Folgekosten einer Tonne CO<sub>2</sub>.  
99 Perspektivisch stellen wir uns eine Einbindung in einen europäischen  
100 Emissionshandel für die Sektoren Wärme und Verkehr vor, den die Europäische  
101 Kommission im Sommer vorgeschlagen hat.

102 Diese Erhöhungen müssen aber sozial abgefedert werden und dürfen nicht ihre  
103 Lenkungswirkung verfehlen: So wollen wir aus den Einnahmen des CO<sub>2</sub>-Preises die  
104 EEG-Umlage vollständig abschaffen und die Stromsteuer und die Umsatzsteuer  
105 deutlich senken, damit strombasierte Technologien wie die Elektromobilität oder  
106 Wärmepumpen („Sektorenkopplung“) attraktiver werden. Ergänzend soll ein

107 Klimawohngeld dafür sorgen, dass sich Wohngeldempfänger:innen auch neue oder  
108 sanierte Wohnungen leisten können und investitionsbedingte Mieterhöhungen nicht  
109 zu sozialen Verwerfungen führen. Außerdem müssen die Mehrkosten durch den CO<sub>2</sub>-  
110 Preis beim Heizen vollständig von den Vermieter:innen getragen werden – denn nur  
111 sie können eine umweltfreundliche Heizungsanlage einbauen!

112 Die Entfernungspauschale wollen wir in ein Mobilitätsgeld umwandeln. Die  
113 geltende Pauschale von 30 Cent pro Kilometer Entfernung zum Arbeitsplatz  
114 reduziert das zu versteuernde Einkommen - wer viel verdient, profitiert mehr.  
115 Das Mobilitätsgeld von 10 Cent pro Entfernungskilometer soll hingegen direkt von  
116 der

117 Steuerlast abgezogen werden. Der finanzielle Vorteil für Besserverdienende würde  
118 damit zugunsten der Geringverdienenden aufgehoben.

119 Darüber hinaus wollen wir die verbleibenden Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis mit  
120 einer Pro-Kopf-Klimaprämie an die Bürger:innen zurückerstatten und so einen  
121 kurzfristigen Umverteilungseffekt erzielen. Denn es sind vor allem Wohlhabende,  
122 die am meisten zur Klimakrise beitragen!

## 123 **2. Energiewende**

124 Die Grundlage für das Erreichen von Klimaneutralität ist eine vollständig  
125 erneuerbare Energieversorgung. Der gesamte Energiebedarf der Energiewirtschaft,  
126 des Verkehrs, der Gebäudeheizung und der Industrie muss durch einen Mix aus 100%  
127 regenerativer Energie gedeckt werden. Diese Umstellung verändert das  
128 Energiesystem grundlegend: Weg von einem fossilen, zentralen und starren, hin zu  
129 einem erneuerbaren, dezentralen und flexiblen Energiesystem.

130 Für uns ist die Energiewende deshalb nicht einfach nur eine klimapolitische  
131 Notwendigkeit oder ein technisches Konzept, sondern auch eine grundlegende  
132 sozialdemokratische Idee: Die Erzeugung und der Transport von Energie gehören  
133 nicht in die Hände großer Konzerne, sondern müssen dem Gemeinwohl dienen. Unsere  
134 Energiewende geschieht von Bürger\*innenhand!

135 Deutschland steht heute gut da: 17% des Primärenergiebedarfs werden bereits aus  
136 Erneuerbaren Energien gedeckt, beim Strom sind es sogar 46%. Jetzt braucht es  
137 neue Impulse, um die bisher reine Stromwende zu einer echten Energiewende zu  
138 machen und auch in den Bereichen Verkehr, Wärme und Industrie den Erneuerbaren  
139 zügig zum Durchbruch zu verhelfen. Dafür ist ein neues System der Steuern und  
140 Abgaben am Energiemarkt notwendig, ebenso wie ein klarer Fahrplan für den Ausbau  
141 der Erneuerbaren Energien und der dazugehörigen Infrastruktur, der eine  
142 vollständig erneuerbare Energieversorgung bis 2035 ermöglicht.

143 Die Umstellung auf ein vollständig erneuerbares Energiesystem birgt die  
144 Notwendigkeit, aber auch die Chance, den Primärenergiebedarf massiv zu senken  
145 und aus heimischen Quellen zu decken. 2020 wurden noch knapp 3250 TWh an Energie  
146 für die Bereiche Strom, Gebäudeheizung, Mobilität und Industrie verbraucht,  
147 wovon knapp 70% importiert wurden. Ein vollständig erneuerbares Energiesystem  
148 kommt, einer kürzlich erschienen Studie des DIW zufolge, hingegen mit gut 1200  
149 TWh aus. Das gelingt durch den Ausstieg aus ineffizienten Verbrennungsprozessen  
150 mit fossilen Energieträgern und den Einstieg in die direkte Nutzung von  
151 erneuerbar erzeugtem Strom in Form von Power-To-X-Technologien im Rahmen der  
152 Sektorenkopplung, die zu erheblichen Effizienzgewinnen führen. Gleichzeitig sind  
153 wir aber überzeugt, dass es auch tatsächliche Effizienzgewinne durch eine  
154 Umstellung unseres Wirtschaftssystems auf eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft  
155 dringend braucht.

156 Während der Primärenergiebedarf deutlich sinkt, wird der Strombedarf durch die  
157 Sektorenkopplung in den nächsten Jahren z.B. durch Wärmepumpen, Elektromobilität  
158 oder Wasserstoff massiv ansteigen. Angelehnt an die aktuelle Studienlage und um  
159 einen zusätzlichen Puffer für eine schneller Dekarbonisierung zu schaffen, gehen  
160 wir von einem Anstieg des Strombedarfs auf mehr als 700 TWh bis 2030 und über  
161 1200 TWh beim Erreichen einer vollständig erneuerbaren Energieversorgung im Jahr  
162 2035 aus. An diesen Zielen muss sich der Ausbau der Erneuerbaren Energien  
163 orientieren und bis 2030 zu mindestens 80% und bis spätestens 2035 zu 100% den  
164 Strombedarf

165 decken. Um die Ziele tatsächlich zu erreichen, muss das jährliche Energiewende-  
166 Monitoring der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit allen großen Instituten des  
167 Landes eine ständig angepasste Prognose über den künftigen Primärenergie- und  
168 Strombedarf enthalten, um auf aktuelle Entwicklungen unmittelbar reagieren zu  
169 können.

170 Um unseren Energiebedarf in allen Sektoren künftig erneuerbar decken zu

171 können, ist braucht der Ausbau der Erneuerbaren Energien im wahrsten Sinne des  
172 Wortes mehr Power. Wir streben dafür einen Energiemix aus Wind, Sonne,  
173 Wasserkraft, Biomasse und Geothermie sowie die Koppelung an eine Power-To-X-  
174 Wirtschaft an.

175 Doch: Mit den unübersichtlichen Regeln des aktuellen Erneuerbare-Energien-  
176 Gesetzes (EEG) und einem Wirrwarr aus Ausschreibungen, Direktvermarktungen,  
177 Stromkaufvereinbarungen (sogenannte Power-Purchase Agreements oder PPAs) und  
178 Förderungen werden wir den Ausbau der Erneuerbaren nicht schnell genug  
179 vorantreiben können. Deshalb streben wir eine Rückkehr zu den Anfängen des EEG  
180 und feste staatliche Einspeisevergütungen an Stelle von Ausschreibungen an. Das  
181 macht es für Bürger\*innen und Genossenschaften wieder einfacher und attraktiver,  
182 selbst die Erneuerbaren auszubauen, statt die Energiewende großen Konzernen zu

183 überlassen. Waren die hohen Fördersummen für die Einspeisevergütung der  
184 Erneuerbaren Energien Anfang des Jahrtausends noch ein echter Preistreiber, sind  
185 die Erneuerbaren heute die günstigste Form der Energieerzeugung, sodass sie mit  
186 sehr geringen oder sogar ganz ohne Fördersummen auskommen.

187 Wir wollen mit der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der  
188 nötigen Flächenausweisung und der Direktförderung den Ausbau der Erneuerbaren  
189 Energien deutlich beschleunigen und jährliche Mindestausbauziele statt  
190 Höchstgrenzen festlegen. Bei Zielverfehlung steigen die Einspeisevergütungen,  
191 bei Zielerreichung sinken sie – so erreichen wir den nötigen Ausbau sicher und  
192 zu ökonomisch opportunen Kosten.

193 Konkret erachten wir einen Ausbau der installierten Photovoltaik-Leistung auf  
194 mindestens 150 GW, der On-Shore Windenergie auf mindestens 100 GW und der Off-  
195 Shore Windenergie auf 25 GW bis 2030 für nötig, um unser Ziel einer vollständig  
196 erneuerbaren Energieversorgung bis 2035 zu erreichen.

197 Um das zu erreichen, wollen wir im Bereich der On-Shore Windenergie deutlich  
198 mehr Flächen bereitstellen - und zwar durchschnittlich 2% der Landes- und  
199 Gemeindeflächen. Genehmigungsverfahren müssen verkürzt und vereinfacht werden,  
200 Instrumente zur Vorplanung in Windvorranggebieten stärker genutzt und  
201 artenschutzrechtliche Vorgaben bundesweit vereinfacht werden: Die Genehmigung  
202 eines Windparks darf in Zukunft nicht mehr sechs Jahre dauern, sondern muss in 6  
203 Monaten gelingen!

204 Um die Akzeptanz der Windkraftanlagen in den Standortgemeinden zu stärken,  
205 wollen wir Teilhabe der Bürger:innen sowohl finanziell wie auch im Prozess  
206 ausweiten und dafür sorgen, dass im Sinne einer echten Bürger:innen-Energiewende  
207 vor allem die Kommunen profitieren.

208 Windenergieanlagen auf dem Meer haben große Vorteile, denn sie liefern  
209 verlässlich und nahezu über das gesamte Jahr Strom. Mittlerweile kann Strom aus  
210 Offshore-Anlagen ohne EEG-Förderung erzeugt werden und ist ideal für die  
211 Herstellung von grünem Wasserstoff. Zwar sind bis 2030 20 Gigawatt Leistung  
212 geplant, ein Großteil allerdings erst Ende des Jahrzehnts. Das ist zu langsam.  
213 Im selben Zeitraum müssen 25 Gigawatt erreicht werden. Um das zu schaffen,  
214 braucht es ausreichend Raum für Offshore-Windparks. Die Netzanbindung muss  
215 sichergestellt, die Flächenentwicklungspläne für Nord- und Ostsee unverzüglich  
216 angepasst werden: Wir schlagen vor, Konflikte in der Nutzung mit anderen  
217 Akteur:innen und zuständigen Verbänden zu lösen, also Vertreter:innen aus  
218 Schifffahrt, Militär, Fischerei und Naturschutz in die Planungen einzubeziehen.  
219 Außerdem soll Deutschland zügig in Verhandlungen mit Dänemark und den  
220 Niederlanden zur Umsetzung gemeinsamer Offshore-Projekte einsteigen.

221 Solarenergie ist eine zentrale Säule der Energiewende. Auch hier braucht es

222 deutlich mehr Tempo: Ende 2020 waren etwa 54 Gigawatt Photovoltaik in  
223 Deutschland installiert, bis 2030 ist mindestens eine Verdreifachung notwendig.  
224 Grundsätzlich gilt: Versiegelte Flächen vor! Wir wollen deshalb eine  
225 Solarpflicht für Neubauten sowie Dachsanierungen bei Wohn- und Nichtwohngebäuden  
226 inklusive Parkplätzen einführen. Innovative Formen wie Fassaden-,  
227 Lärmschutzwand- und Agrarphotovoltaik wollen wir durch separate Einspeisetarife  
228 fördern. Über die Standorte von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen die  
229 Kommunen künftig allein entscheiden und von den Ländern fachliche Unterstützung  
230 bei der Ausweisung erhalten.

231 Das Ziel einer vollständig erneuerbaren Energieversorgung bis 2035 bedeutet  
232 auch: Ein Kohleausstieg bis 2038 ist zu spät. Deutschland muss bis 2030 komplett  
233 aus der Kohleverstromung aussteigen. Zur Wahrheit gehört: Durch den starken  
234 Anstieg des CO<sub>2</sub>-Preises im europäischen Emissionshandel und verbunden mit einem  
235 künftig schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien wird der Betrieb von  
236 Kohlekraftwerken für die Kraftwerksbetreiber:innen bereits bis 2030 nicht mehr  
237 wirtschaftlich darstellbar sein. Der Markt ist hier schneller als die Politik.

238 Gerade als Sozialdemokrat:innen müssen wir ehrlich mit den Anwohner:innen von  
239 Kohleregionen wie der Lausitz und den Beschäftigten umgehen: Die von der  
240 Bundesregierung beschlossenen Strukturwandelhilfen müssen schneller eingesetzt,  
241 gegebenenfalls erhöht und in Verkehrsinfrastruktur, den Aufbau neuer Industrien  
242 und Arbeitsplätze investiert werden. Halten wir an den politisch vereinbarten  
243 Zielmarken fest, wird der Strukturwandel scheitern!

244 Gleichzeitig gilt aber auch: Einen politisch auf 2030 festgesetzten  
245 Kohleausstieg lehnen wir ab, da daraus die Notwendigkeit zusätzlicher  
246 Entschädigungszahlungen an die Kraftwerksbetreiber:innen als Konsequenz aus der  
247 Energy Charter Treaty resultiert. Statt großen Unternehmen ihre in fragwürdigen  
248 Investitionsschutzabkommen zugesicherten Entschädigungen zu erhöhen, wollen wir  
249 lieber in den Strukturwandel und den Ausbau der Erneuerbaren investieren und so  
250 bereits bis 2030 für vitale und klimaneutrale Kohleregionen sorgen.

251 Am Atomausstieg halten wir fest.

252 Ohne Netzausbau geht gar nichts. Doch dieser kommt aktuell nur schleppend voran.  
253 Schwerfällige Planungsverfahren und rechtliche Hürden führen sogar dazu, dass  
254 fossil betriebene Kraftwerke als "staatliche Reserve" länger als nötig in  
255 Betrieb bleiben. Um gegenzusteuern, müssen Übertragungsnetze so geplant und  
256 gebaut werden, dass sie insbesondere den zusätzlichen Strom aus Offshore-  
257 Windparks zuverlässig transportieren können.

258 Um die Netzauslastung zu optimieren und Strom für die Herstellung von grünem  
259 Wasserstoff, das Aufladen von Elektroautos und den Betrieb von Wärmepumpen  
260 flexibler und angepasst an die aktuelle Stromerzeugung aus Erneuerbaren zu

261 verbrauchen („Spitzenglättung“), wollen wir den flächendeckenden Einbau  
262 intelligenter Stromzähler („Smart Meter“) nicht erst bis 2032, sondern bereits  
263 bis 2025 erreichen.

264 Einzelne Erneuerbare Energien sind nicht 24/7 gleichbleibend verfügbar: Sie sind  
265 „Teampayer:innen“, ergänzen sich und machen fossile Energieträger überflüssig –  
266 solange für ausreichend Speicher gesorgt wird. Power-to-X bezeichnet  
267 verschiedene Technologien zur Umwandlung und Speicherung von Stromüberschüssen,  
268 wenn zum Beispiel die Sonne im Breisgau mal wieder tagelang scheint oder an der  
269 Nordseeküste eine steife Brise weht. Diese Überschüsse können bei Bedarf  
270 abgerufen werden, beispielsweise an bewölkten und windstillen Tagen. In  
271 Forschung und Entwicklung von Power-to-X-Anlagen fließen bereits heute hohe  
272 Fördersummen aus Deutschland und Europa, aber ihr Betrieb ist dennoch häufig zu  
273 teuer. Damit diese Speicher reifen und billiger werden, müssen sie jetzt im  
274 großen Stil eingesetzt werden. Deshalb wollen wir nicht nur die Forschung,  
275 sondern auch den Betrieb solcher Anlagen staatlich fördern und streben an,  
276 gespeicherten Strom von allen Abgaben und Umlagen zu befreien. Denn die  
277 Speicherung von Energie ist eine notwendige Systemdienstleistung!

278 Darüber hinaus wollen wir die Versorgungssicherheit über die Spitzenglättung,  
279 den Ausbau zusätzlicher zentraler Batteriespeicher und den Ausbau von  
280 Gaskraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung unter dem Einsatz erneuerbarer Gase  
281 sicherstellen und finanziell stärker honorieren als bisher.

282 Bei allen diesen Umstellungen wollen wir zurück zu unseren Wurzeln: Einer  
283 Energiewende die aufs Konto der Bürger:innen einzahlt und ihnen mehr  
284 Mitbestimmung eröffnet. Landauf, landab gibt es bereits vorbildliche Projekte  
285 von Engagierten, die die Energiewende vor Ort selbst in die Hand nehmen. Wir  
286 möchten Ansätze wie Bürger:innenwerke, Energiegenossenschaften und  
287 Mieter:innenstrommodelle fördern. Ihre Rahmenbedingungen sollen verbessert, ihre  
288 Gründung vereinfacht werden - beispielsweise durch Unterstützung von  
289 Stadtwerken. Unser Ziel lautet, die Energiewende so dezentral wie möglich zu  
290 organisieren und nicht nur zur größten klimapolitischen Umstellung, sondern auch  
291 zur größten Umverteilungsaktion in diesem Land zu machen!

### 292 **3. Wärmewende**

293 Die Wärmeversorgung ist der hidden champion beim Klimaschutz: So ist die  
294 Wärmeversorgung für 40% des Endenergiebedarfs und ein Drittel der  
295 Treibhausgasemissionen verantwortlich. Doch gerade in diesem Bereich sind mit  
296 Blick auf die langen Investitionszyklen nur relativ langsame Umstellungen  
297 möglich, sodass der Gebäudesektor 2020 sein im Bundes-Klimaschutzgesetz  
298 festgelegtes Emissionsziel verfehlte! Umso schlimmer: Obwohl er gesetzlich zu  
299 einem Sofortprogramm zur Zielerreichung ab dem nächsten Jahr verpflichtet ist,  
300 hat Horst Seehofer als zuständiger Minister bis heute kein ausreichendes

301 Sofortprogramm vorgelegt. Das zeigt einmal mehr: Die Union verspielt unsere  
302 Zukunft!

303 Um den Gebäudebestand bis 2035 klimaneutral zu gestalten, muss die geplante  
304 Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) sofort erfolgen und die  
305 energetische Gebäudesanierung und den Einsatz erneuerbarer Heizenergien  
306 beschleunigen.

307 Das GEG wollen wir dahingehend anpassen, dass ab 2023 im Neubau der Einsatz von  
308 fossilen Öl- und Gasheizungen nicht mehr möglich ist und die Gebäude den KfW-40-  
309 Effizienzstandard erfüllen. Das ist bereits heute für einen Großteil der  
310 Neubauten der Fall und technisch kein Problem.

311 Doch auch im Gebäudebestand haben fossile Heizsystem keine Zukunft, sodass es  
312 auch hier ab 2024 keinen Einbau neuer Öl- und Gasheizungen mehr geben darf. Das  
313 ist eine große Herausforderung, denn nicht mal 20% des Gebäudebestands  
314 entsprechen den aktuellen energetischen Sanierungsstandards. Mit der kostenlosen  
315 Erstellung verpflichtender Sanierungsfahrpläne zeigen wir für jedes Gebäude den  
316 Weg zur Klimaneutralität auf. Für die Förderung von energetischer  
317 Gebäudesanierung und erneuerbarer Wärme in Gebäuden möchten wir deshalb die  
318 "Bundesförderung effiziente Gebäude" auf 12 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen.  
319 Klimaschonende Alternativen wie Solarthermie, Wärmepumpen und Holzpellets  
320 bringen wir damit schneller in die Wohnungen und Häuser.

321 Für Haushalte mit niedrigen Einkommen wollen wir darüber hinaus eine erhöhte  
322 Förderung für den Austausch von Öl- und Gasheizungen ansetzen. Außerdem möchten  
323 wir die Heizkostenverordnung so verändern, dass die CO<sub>2</sub>-Preis-bedingten  
324 Mehrkosten fürs Heizen nicht mehr auf Mieter:innen umgelegt werden dürfen. Denn  
325 nur die Vermieter:innen können die Heizungsanlage eines Gebäudes austauschen und  
326 damit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß je verbrauchter Kilowattstunde beeinflussen! Sozialer  
327 Kälte – im wahrsten Sinne des Wortes – erteilen wir eine klare Absage.

328 Fern- und Nahwärme aus klimaschonenden Energieträgern hat großes Potenzial, um  
329 ganze Quartiere zu versorgen und die Wärmeversorgung von einer privaten zu einer  
330 öffentlichen Aufgabe zu machen. Die Länder sollen deshalb schrittweise zur  
331 Durchführung kommunaler Wärmeplanungen für alle Gemeinden, beginnend bei den  
332 bevölkerungsstärksten, verpflichtet werden. Hierdurch können Fern- und  
333 Nahwärmenetze deutlich besser geplant werden. Durch den verstärkten Einsatz von  
334 Großwärmepumpen, Solar- und Geothermie, industrieller Abwärme und grünem  
335 Wasserstoff wollen wir den Anteil klimafreundlich erzeugter Wärme bis 2030  
336 mindestens verdoppeln.

#### 337 **4. Verkehrswende**

338 “Autogerecht” sollten sie sein: Mitte des 20. Jahrhunderts orientierte sich die  
339 Stadtplanung vor allem am motorisierten Individualverkehr. Das hatte gute Gründe  
340 - passt aber nicht mehr in unsere Lebensrealität. Die Mobilität der Zukunft muss  
341 klimaschonend gedacht werden und den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Dafür  
342 soll ein neues Bundesmobilitätsgesetz sorgen - dieses beinhaltet Ziele für mehr  
343 Umwelt- und Klimaschutz sowie Lebens- und Aufenthaltsqualität in Städten und  
344 Dörfern.

345 Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist ein wichtiges Planungsinstrument für  
346 Schiene, Straße und Wasserwege. Bislang folgt er der Logik, dort auszubauen, wo  
347 Engpässe zu vermuten sind. Das ist jedoch nicht zeitgemäß - im BVWP 2030 sind  
348 zahlreiche Aus- und sogar Neubauprojekte von Bundesfernstraßen enthalten und  
349 ignoriert das sogenannte Verkehrsparadoxon: Wo bessere Infrastruktur  
350 bereitsteht, entwickelt sich mehr Verkehr. Klimaneutralität lässt sich so nicht  
351 erreichen. Wir fordern deshalb einen “Klimacheck” für den  
352 Bundesverkehrswegeplan: Sämtliche im BVWP gelisteten Projekte sollen darauf  
353 untersucht werden, ob sie klimaschonenden Verkehr fördern. Danach werden sie neu  
354 priorisiert oder aus den Bedarfsplänen gestrichen.

355 Ab dem Jahr 2030 wollen wir keine Fahrzeuge mit fossilem Verbrennungsmotor mehr  
356 zulassen – eine große Herausforderung für das Automobilland Deutschland.  
357 Dennoch ist das der richtige Schritt: Zum einen wird der klassische Verbrenner  
358 schon bald international nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Wer sich an diese  
359 Technologie von gestern klammert, riskiert, dass Deutschland seine führende  
360 Rolle in der Autoindustrie verliert. Zum anderen sind fossile Verbrenner mit der  
361 Maßgabe Klimaneutralität bis 2035 nicht vereinbar. Automobilunternehmen,  
362 Zulieferbetriebe und vor allem die dort Beschäftigten sollen diesen Prozess  
363 mitgestalten. Wir wollen diese Gruppen bereits 2022 mit Vertreter:innen aus  
364 Politik und Umweltverbänden an einen Tisch bringen. Nach dem Vorbild der  
365 “Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung” (kurz:  
366 Kohlekommission) sollen sie gemeinsam Vorschläge für einen sozialverträglichen  
367 Verbrennerausstieg erarbeiten.

368 Im Individualverkehr erweist sich E-Mobilität als effizient. Bis 2025 sollen  
369 mindestens 5 Millionen, bis 2030 mindestens 15 Millionen batterieelektrische PKW  
370 auf den Straßen unterwegs sein. Die Kfz-Steuer wollen wir so umbauen, dass sich  
371 der Kauf eines E-Autos gegenüber dem eines Verbrennerfahrzeugs auch dauerhaft  
372 und spürbar finanziell lohnt. Kaufprämien wollen wir dagegen auslaufen lassen,  
373 da sie vor allem eine Subvention für Gutverdienende sind. Die Förderung von  
374 Plug-In-Hybriden muss bereits im nächsten Jahr auslaufen; die Förderung  
375 vollelektrischer Fahrzeuge in einem angemessenen zeitlichen Abstand zum  
376 Verbrenner-Aus. Mit den freiwerdenden Mitteln wollen wir stattdessen den ÖPNV  
377 stärken und in einen Ausbau der Ladeinfrastruktur investieren. Mit einem neuen  
378 Masterplan Ladeinfrastruktur wollen wir den Aufbau von genügend  
379 Lademöglichkeiten beschleunigen und insbesondere strukturell-unterversorgt  
380 Gruppen, wie die Menschen im ländlichen Raum, Mieter:innen und

381 Berufspendler:innen am Arbeitsplatz in den Fokus rücken.

382 Eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur sorgt nicht nur für eine schnellere  
383 Verkehrswende, sondern trägt auch zur Stabilität eines zukünftigen  
384 Energiesystems bei: Unter dem Stichwort der Sektorenkopplung – also der  
385 Vernetzung aller Bereiche des Energiesystem – wollen wir das volle Potenzial der  
386 E-Mobilität nutzen und batterieelektrische Fahrzeuge in einem digitalisierten  
387 Stromnetz zur Zwischenspeicherung von überschüssigem Strom oder zur  
388 Netzstabilisierung („Demand Side Management“/ „Spitzenglättung“) einsetzen.

389 Grünen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe sollten mit Blick auf deren  
390 Energieeffizienz dagegen mit Bedacht eingesetzt werden und dem Langstrecken- und  
391 Schwerlastverkehr sowie Flugzeugen und Schiffen vorbehalten bleiben. Die Zukunft  
392 ist elektrisch!

393 Das eigene Auto ist auf Pendelstrecken, für die Arbeit und viele andere  
394 Situationen wichtig, gerade im ländlichen Raum. Um die Verkehrswende zu  
395 schaffen, wollen wir das Privatfahrzeug wie auch Kurzstreckenflüge Schritt für  
396 Schritt überflüssig machen. Car-, Bike- und sonstige Sharing-Angebote wollen wir  
397 ausweiten. Gerade im ländlichen und vorstädtischen Raum sollen die Kommunen,  
398 Landkreise und Stadtwerke dafür zusammen Konzepte entwickeln.

399 Wir fordern eine Schienenoffensive, die Deutschlands Bahninfrastruktur ins 21.  
400 Jahrhundert holt und Verspätungen und Störungen der Vergangenheit angehören  
401 lässt. Zwar wurden die Bundes-Investitionen in den letzten Jahren deutlich  
402 angehoben, im europäischen Vergleich hinkt Deutschland dennoch hinterher: 2020  
403 steckte Deutschland 88 Euro pro Bürger:in ins Schienennetz - Norwegen 228, die  
404 Schweiz 440, Luxemburg gar 567 Euro. Deutschland darf den Anschluss nicht  
405 verlieren und muss bei den Investitionssummen nachziehen.

406 Der Schienenverkehr muss vor allem im ländlichen Raum wieder einen höheren  
407 Stellenwert bekommen, um allen Menschen ein effizientes öffentliches  
408 Mobilitätsangebot machen zu können. Deshalb wollen wir stillgelegte Bahnstrecken  
409 reaktivieren und mit einer angemessenen Taktung ausstatten. Bahnhöfe wollen wir  
410 zu barrierefreien und vitalen Mobilitätsknotenpunkten in Verbindung mit  
411 Bushaltestellen, Park + Ride-Plätzen mit Ladestationen für die E-Mobilität, Car-  
412 und Bike-Sharing-Angeboten sowie Einkaufs- und Dienstleistungsangeboten  
413 weiterentwickeln. Um auch im Fernverkehr eine echte Alternative zum Flugzeug zu  
414 sein, müssen das Schnellzug- und das Nachtzugnetz ausgeweitet bzw. aufgebaut  
415 werden.

416 Um den Gütertransport zu dekarbonisieren und die Autobahnen zu entlasten, wollen  
417 wir wieder mehr Güter auf der Schiene transportieren. Viele Unternehmen haben  
418 daran bereits heute ein großes Interesse, werden aber durch eine mangelhafte  
419 Infrastruktur ausgebremst. Dafür müssen die Fördermittel des Bundes deutlich

420 aufgestockt werden.

421 Insgesamt müssen insbesondere Raumordnungsverfahren und  
422 Umweltverträglichkeitsprüfungen für Schienenprojekte deutlich vereinfacht  
423 werden, um unmittelbare bauliche Fortschritte erzielen zu können.

424 Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) attraktiver machen. Die Taktung  
425 von Bussen und Bahnen soll dauerhaft erhöht werden. In Großstädten soll der 5-  
426 Minuten Takt die Regel sein, in Verdichtungsräumen der 15-Minuten-Takt und in  
427 ländlichen Gebieten mindestens der 1-Stunden-Takt. Außerdem möchten wir zwischen  
428 5 und 24 Uhr eine Mobilitätsgarantie einführen: In diesem Zeitraum sollen ÖPNV-  
429 Angebote an allen Wochentagen überall nutzbar sein. Um das zu realisieren,  
430 setzen wir neben klassischen Fahrplänen auf "On-Demand-Services" – telefonisch  
431 oder via App können so bei Bedarf beispielsweise Kleinbusse bestellt werden.

432 Wir kämpfen für einen ticketlosen, also komplett gebührenfreien Nahverkehr, denn  
433 Mobilität ist für uns kein privates Anliegen, das vom eigenen Geldbeutel oder  
434 Wohnort abhängt, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe und die  
435 Grundvoraussetzung von Teilhabe.

436 Als Zwischenschritt befürworten wir 365 Euro-Jahrestickets pro Bundesland und  
437 vergleichbare Modelle, die insbesondere Kindern und Jugendlichen – die  
438 zwangsläufig ohne eigenen PKW mobil sein müssen – eine adäquate und günstige  
439 Mobilitätsoption an die Hand gibt.

440 Kommunen wollen wir zur Finanzierung des ÖPNV eine weitere Einnahmequelle  
441 ermöglichen: Eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen mit 10 oder mehr  
442 Mitarbeiter:innen. Nach dem Vorbild Frankreichs können Kommunen dann selbst  
443 entscheiden, diese Abgabe zu erheben. Auch die jeweilige Höhe wird von der  
444 Gemeinde festgelegt.

### 445 **5. Industriewende**

446 Die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts verlangt eine  
447 Wirtschaftspolitik, die Betriebe wie Beschäftigte bei der Transformation  
448 unterstützt. Die Dekarbonisierung wird nur zum Erfolg, wenn auch die  
449 Energiewende gelingt, denn unsere Stromproduktion muss nicht nur klimaneutral  
450 geschehen, sondern auch für den steigenden Stromverbrauch der Industrie  
451 ausgebaut werden. Manche Industrieanlagen werden bald einen Offshore-Windpark  
452 für sich alleine brauchen. Darauf muss kluge Wirtschaftspolitik vorausschauend  
453 reagieren.

454 Grund für den steigenden Strombedarf ist vor allem die Nutzung von Wasserstoff  
455 als Energieträger in der Industrieproduktion. Damit dieser auch klimaneutral

456 erzeugt wird, wir also von "grünem Wasserstoff" sprechen können, bedarf es einer  
457 neuen Wasserstoffstrategie. Eine Wasserstoffstrategie 2.0 muss Bedarfe ehrlich  
458 erfassen, entsprechende Ziele formulieren und letztlich zu deren Umsetzung  
459 beitragen. Dabei spielen neben der Produktion auch Transport und Lagerung eine  
460 zentrale Rolle. Lange wurde der zukünftige Strombedarf zu geringgeschätzt und so  
461 wichtige Zeit verloren. Mit der Stromlüge muss nun Schluss sein und das  
462 Industrieprojekt klimaneutrales Deutschland endlich angepackt werden.

463 Aber auch an der Substanz der deutschen Industrie werden massive Veränderungen  
464 nötig. Mehr als die Hälfte aller energieintensiven Industrieanlagen werden neu  
465 gebaut werden müssen. Damit Industrieabwanderung vorgebeugt und Lock-In-Effekte  
466 verhindert werden können, müssen die entsprechenden wirtschaftspolitischen  
467 Rahmenbedingungen geschaffen werden.

468 Ein Mittel dafür können Klimaschutzverträge bzw. "Carbon Contracts for  
469 Difference" sein. Solche Verträge zwischen dem Bund und einem Unternehmen sorgen  
470 für Planungssicherheit, minimieren Risiken und beschleunigen den Wandel zur  
471 klimaneutralen Wirtschaft. Für Anschaffung und Betrieb klimaneutraler  
472 Technologien wird eine feste Prämie pro vermiedener Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalente  
473 festgelegt, die CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten gegenüber klimaschädlichen  
474 Referenzinvestitionen kompensiert. Kurzum: Klimaschutzverträge kurbeln  
475 Investitionen in klimaneutrale Industrieanlagen massiv an. Ändern sich die  
476 Rahmenbedingungen während der Vertragslaufzeit, beispielsweise durch steigende  
477 CO<sub>2</sub>-Preise, wird der Vertrag entsprechend angepasst. Das Schließen solcher  
478 Klimaschutzverträge muss dabei an Faktoren wie dem CO<sub>2</sub>-Vermeidungs- und  
479 Transformationspotential gemessen werden.

480 Doch auch mit einem Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien lässt sich ein  
481 lineares Wirtschaftssystem nicht nachhaltig betreiben. Viel mehr braucht es eine  
482 Kreislaufwirtschaft, die dem Grundsatz „Cradle To Cradle“ folgt und die  
483 Vermeidung von Abfällen durch ein konsequentes Wertstoff-Denken voranbringt: Nur  
484 wenn wir alle Materialien für Konsum und Produktion so designen, dass sie  
485 Grundlage für weiteres Wirtschaften anstatt für eine Sondermüll-Entsorgung sind,  
486 können wir die steigende Inanspruchnahme von Land, Energie und Primärrohstoffen  
487 wirksam stoppen und umkehren.

488 Vor allem der Bausektor spielt als größter Ressourcenverbraucher dafür eine  
489 entscheidende Rolle. Wir setzen deshalb auf eine klare Vorfahrt für die  
490 Sanierung und den Erhalt von Gebäuden und eine Standortpolitik, die  
491 Infrastruktur und Menschen auch in ländlichen Räumen hält, anstatt dem  
492 Urbanisierungs-, und damit Neubauzwang, weiter folgt. Für uns ist klar: Das  
493 nachhaltigste Gebäude ist das, was schon steht!

494 Doch auch in Zukunft lässt sich Bauen nicht vollständig vermeiden, sodass wir  
495 hier dringend eine andere Rohstoffpolitik brauchen: Anstatt mineralische

496 Baustoffe wie Beton oder Stahl einzusetzen, die nur unter hohem Energieaufwand  
497 und mit dem Abbau von Rohstoffen hergestellt werden können, setzen wir auf  
498 nature-based solutions wie das Bauen mit Holz, Stroh, Hanf oder anderen  
499 nachhaltigen Bau- und Dämmstoffen. Denn diese vermeiden nicht nur  
500 Energieverbrauch und Emissionen, sondern können langfristig Kohlenstoff in sich  
501 speichern und zum Aufbau kreislauffähiger Ökosysteme beitragen.

502 Auch der Rückbau von Gebäuden muss viel stärker in den Mittelpunkt gerückt  
503 werden und direkt beim Neubau bedacht werden. So wollen wir gemeinsam mit dem  
504 Beantragen einer Baugenehmigung die Pflicht zur Erstellung eines Rückbauplans  
505 einführen, der eine klare Perspektive für die Weiterverwendung der in einem  
506 Gebäude eingesetzten Rohstoffe nach dem Abriss definiert und nicht-  
507 recyclingfähige Baustoffe schrittweise verbietet.

### 508 **6. Finanzwende**

509 An der Finanzierung darf ein klimaneutrales Deutschland nicht scheitern. Diese  
510 industrielle Revolution verlangt deshalb eine Finanzpolitik, die mutig anpackt.  
511 Die dafür notwendigen Mittel können Bund und Länder vielfach aus ihren  
512 Steuereinnahmen decken. Wo das nicht der Fall ist, muss sich unsere  
513 Fiskalpolitik den Anforderungen anpassen. – Die schwarze Null darf den Weg zur  
514 Klimaneutralität nicht gefährden!

515 Der einfachste Weg, um Mittel für Investitionen in ein klimaneutrales  
516 Deutschland zu gewinnen und gleichzeitig schon aktiv etwas für den Klimaschutz  
517 zu tun, liegt im

518 Abbau der klimaschädlichen staatlichen Subventionen. Allein auf Bundesebene sind  
519 das pro Jahr über 50 Milliarden Euro. Erfasst sind also genauso wenig  
520 Subventionen der Länder und Kommunen wie nicht-finanzwirksame also indirekte  
521 Subventionen beispielsweise durch Bürgschaften. Um das 1,5-Grad-Ziel zu halten,  
522 müssen alle Formen klimaschädlicher Subventionen abgebaut werden – dazu zählen  
523 insbesondere die Kerosinsteuerbefreiung, die Entfernungspauschale oder das  
524 Dieselprivileg.

525 Dennoch ist klar, dass die überwältigende Mehrheit der eingesetzten Mittel  
526 private Investitionen sein werden. Deshalb befürworten wir eine ambitionierte  
527 Ausgestaltung der EU-Taxonomie, die einen klaren Rechtsrahmen für nachhaltige  
528 Geldanlagen definiert.

### 529 **7. Agrarwende**

530 Der Fortbestand der landwirtschaftlichen Strukturen in Deutschland und Europa  
531 ist auf dramatische Art und Weise gefährdet: Während die Landwirtschaft die  
532 Klimakrise durch CO<sub>2</sub>-, Methan-, und Lachgasemissionen weiter anheizt, ist sie  
533

534 gleichzeitig wie kein anderer Sektor von den Folgen der Erderhitzung betroffen.  
535 Drei Dürresommer in Folge, Überschwemmungen, das Sinken des Grundwasserspiegels  
536 - Bäuerinnen und Bauern spüren die Auswirkungen der Klimakrise tagtäglich.  
537 Gleichzeitig hat u.a. eine einseitige Fokussierung auf den globalen Wettbewerb  
538 dazu geführt, dass auch das Geschäftsmodell des Großteils landwirtschaftlicher  
539 Betriebe nicht mehr nachhaltig ist. So ist die Zahl der Betriebe in nur 50  
540 Jahren von 1,1 Millionen (alte BRD) auf nur noch 263.500 gesunken. Und wir  
541 verlieren weitere 2-3% unserer Betriebe - jährlich! Die Landwirtschaft befindet  
542 sich damit nicht nur in einer ökologischen, sondern auch ökonomischen und  
543 sozialen Krise. Das wollen wir ändern. Denn der Agrar- und Forstsektor ist der  
544 einzige Sektor, der sogar klimapositiv werden und damit einen herausragenden  
Beitrag zum Erreichen der Klimaziele beitragen kann!

545 Deshalb stellen wir uns hinter die kürzlich veröffentlichten Empfehlungen der  
546 Zukunftskommission Landwirtschaft und wollen eine entschlossene Agrarwende  
547 umsetzen. Agrarsubventionen rein nach Fläche, so wie sie heute noch  
548 hauptsächlich ausgezahlt werden, müssen zügig und planbar abgeschafft werden.  
549 Stattdessen braucht es eine schrittweise vollständige Umwandlung in Zahlungen,  
550 welche die Bereitstellung und den Schutz öffentlicher Güter fördern und  
551 schützen. Unsere Landwirtschaftspolitik folgt dem Motto: Öffentliches Geld für  
552 öffentliche Leistungen statt privater Gewinne! Nur auf diesem Weg wird es  
553 gelingen, die immense Ungleichverteilung öffentlicher und zumeist nicht  
554 nachhaltiger Subventionen zu stoppen und langfristig gute Einkommen für  
555 Bäuerinnen und Bauern zu sichern. Es muss erklärtes Ziel sein, die Anzahl an  
556 Betrieben wieder zu steigern, beispielsweise durch einen privilegierten Zugang  
557 zu landwirtschaftlichen Böden für Junglandwirt:innen und eine degressive Hektar-  
558 basierte Startprämie.

559 Wir setzen uns für faire Marktbedingungen für Landwirt:innen ein und wollen die  
560 oligopolistischen Strukturen im Lebensmittelhandel aufbrechen. Insbesondere die  
561 Förderung der Direktvermarktung spielt hierbei eine wichtige Rolle. Die  
562 Geringschätzung von guten und gesunden Lebensmitteln und Billigpreise müssen der  
563 Vergangenheit angehören.

564 Die hauptsächliche Verwendung von saisonalen, regionalen und überwiegend  
565 pflanzenbasierten, Produkten in öffentlichen Einrichtungen sollte deshalb  
566 zukünftig selbstverständlich sein.

567 Im Moment landet ein Drittel der Lebensmittel in Deutschland im Müll. Wir sagen:  
568 Lebensmittel sind zu gut für die Tonne! Es braucht deshalb eine Verpflichtung  
569 für den Lebensmittelhandel, noch genießbare Lebensmittel zu spenden. Das Retten  
570 dennoch weggeschmissener Nahrungsmittel (sog. Containern) muss darüber hinaus  
571 entkriminalisiert werden.

572 Eine starke Reduktion des Tierbestandes und des Konsums tierischer Lebensmittel,

573 insbesondere mindestens eine Halbierung des Fleischkonsums, ist der effektivste  
574 Weg, um klimaschädliche Emissionen zu reduzieren. So können wir auf den Import  
575 großer Mengen an Futtermitteln, vorrangig aus Südamerika, verzichten und die  
576 Stoff- und Futterkreisläufe wieder selbst schließen. Massentierhaltung auf der  
577 einen und ein zu geringer Viehbesatz auf der anderen Seite gehören so endlich  
578 der Vergangenheit an. Wir streben einen Viehbesatz von 1-2 Großvieheinheiten  
579 (GVE) je Hektar und gleichzeitig vorrangig eine Grünlandhaltung an. Das bedeutet  
580 nicht nur eine artgerechte Haltung unseres Viehs, sondern auch den sukzessiven  
581 Aufbau neuer Grünlandflächen als artenreichste Biotope und starke  
582 Kohlenstoffsinken.  
583 Außerdem wollen wir die Subventionen und Steuerprivilegien für die Produktion  
584 und den Vertrieb tierischer Produkte drastisch reduzieren.

585 Wichtig ist, die Agrarwende ganzheitlich zu denken und die globalen Folgen der  
586 deutschen und europäischen Landwirtschafts- und damit auch Handelspolitik im  
587 Blick zu haben. Eine maßgebliche Verringerung des globalen Fußabdrucks der  
588 deutschen Landwirtschaft muss durch eine fast vollständige Verwendung von  
589 regionalen Futtermitteln erzielt werden. Es braucht darüber hinaus einen  
590 Einfuhrstopp von Agrar-Produkten, die im Ausland die Umwelt zerstören und  
591 Menschenrechte verletzen. Klar ist auch: das Mercosur-Abkommen muss weiterhin  
592 verhindert werden. Die SPD muss sich mit ganzer Kraft gegen ausbeutende und neo-  
593 kolonialistische Handelspraktiken einsetzen!

594 Mit einer vorrangig pflanzenbasierten Ernährung ist auch eine stärkere  
595 Ausweitung des Ökolandbaus vorstellbar. Wir streben eine Ausweitung des  
596 ökologischen Landbaus auf mindestens 30% der landwirtschaftlich genutzten Fläche  
597 bis 2030 an. Durch diese Umstellung und weitere technische Anpassungen lässt  
598 sich der Einsatz mineralischer Düngemittel bis 2030 um mindestens 20%  
599 reduzieren, wodurch 80% der Lachgasemissionen vermieden werden können.

600 Aktiv gefördert werden muss das einzigartige Potential der Landwirtschaft,  
601 Treibhausgase in Böden und Feuchtgebieten zu speichern. Deshalb braucht es eine  
602 ganzheitliche Förderung zum nachhaltigen Humus-Aufbau und vor allem zum  
603 Wiedervernässen von Mooren. Insbesondere das Wiedervernässen als Maßnahme mit  
604 der höchsten Klimaschutzwirksamkeit ist in der aktuellen nationalen  
605 Ausgestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nicht vorgesehen -  
606 das ist inakzeptabel! In Deutschland sind 95% der Moore entwässert. Subventionen  
607 für die intensive Bewirtschaftung solcher entwässerten Feuchtgebiete müssen  
608 umgehend beendet werden. Insbesondere der Abbau von Torfflächen und die Nutzung  
609 von Torf haben einen umfangreichen Beitrag zur Klimaerwärmung, da hierbei große  
610 Mengen CO<sub>2</sub> frei werden. Daher muss beides in Deutschland und ganz Europa  
611 verboten werden. Durch eine entsprechende kluge und nachhaltige Behandlung von  
612 Feuchtgebieten, die lediglich 4% der deutschen landwirtschaftlichen Fläche  
613 ausmachen, könnten insgesamt 25% der landwirtschaftlichen Emissionen eingespart  
614 werden. Eine nachhaltige Bewirtschaftung kann durch Paludikultur gelingen, also  
615 die nasse Bewirtschaftung von Mooren. Beispiele sind der Anbau von ökologischen

616 Bau- und Dämmstoffen, Biomasse zur Energiegewinnung oder auch Torfmoos als  
617 Torfersatzstoff.

618 Das Potential unserer Wälder als Kohlenstoffsенке muss gesteigert und nicht noch  
619 weiter gemindert werden. Dafür entscheidend ist auch die progressive Gestaltung  
620 der EU-Taxonomie. Es muss verhindert werden, dass das Verfeuern von Biomasse als  
621 „nachhaltig“ eingestuft wird und so falsche Anreize zur Abholzung gesetzt  
622 werden.

623 Ein besonderes Augenmerk muss auch auf dem Aufbau von Agroforststrukturen  
624 liegen, also der gleichzeitigen Bewirtschaftung mit Gehölzen, Acker und/oder  
625 Tieren auf einer Fläche. Denn solche Systeme können immense Vorteile haben für  
626 Bäuerinnen und Bauern (im Sinne einer Produkt- und Einkommensdiversifizierung),  
627 den ländlichen Raum ( durch den Aufbau regionaler Märkte) sowie das Klima und  
628 die Biodiversität. 10% aller landwirtschaftlichen Flächen (und nicht nur des  
629 Ackerlands) müssen zum Schutz der Artenvielfalt in nicht-produktive Flächen  
630 umgewandelt werden.

631 Klar ist: Nicht bei allen Umwandlungen landwirtschaftlicher Flächen zu Klima-  
632 und Biodiversitätszwecken ist eine alternative Nutzung, vor allem mit demselben  
633 finanziellen Ertrag wie vor der Umwandlung, möglich. Wir fordern deshalb die  
634 Einrichtung eines "Klimaretter:innen-Fonds", welcher die finanziellen Ausfälle  
635 der Landwirt:innen kompensiert.

### 636 **8. Internationale Klimapolitik**

637 Die Klimakrise ist eine globale Herausforderung, die sich nicht national lösen  
638 lässt. Nur wenn es uns gelingt, die globalen Emissionen bis 2030 um 45% im  
639 Vergleich zu 2010 zu reduzieren und bis 2050 global Klimaneutralität zu  
640 erreichen, können wir die Erderwärmung auf 1,5 Grad gegenüber dem  
641 vorindustriellen Niveau begrenzen. Die Grundlage dafür ist die Einhaltung eines  
642 global noch verfügbaren CO<sub>2</sub>-Budgets von 400Gt CO<sub>2</sub> (und Budgets für verschiedene  
643 andere Treibhausgase), das eine 67% Wahrscheinlichkeit liefert, das 1,5 Grad  
644 Ziel einzuhalten. – Das ist angesichts von gut 36Gt globalem CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro  
645 Jahr sehr wenig, aber mit ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen einhaltbar.

646 Im Pariser Abkommen bekennen sich alle Staaten dazu, dieses Ziel zu erreichen.  
647 Dafür haben sie einen klaren Mechanismus festgelegt: Statt von Anfang an  
648 verpflichtende Emissionsminderungen für jedes Land festzulegen, geben die  
649 Staaten sich selbst Ziele („NDCs“), mit der Maßgabe, sie alle fünf Jahre zu  
650 verschärfen. Doch nicht alle Staaten kommen dieser Verpflichtung in  
651 ausreichender Weise nach, sodass die Welt laut einer aktuellen Analyse der  
652 Vereinten Nation bis zum Ende des Jahrhunderts immer noch auf 2,7 Grad  
653 Erderwärmung zusteuert.

654 Um mehr Verbindlichkeit in der globalen Klimapolitik zu erreichen, hat Olaf  
655 Scholz die Gründung eines Klimaclubs vorgeschlagen. In diesem Club schließen  
656 sich Staaten mit gemeinsamen Klimaschutzambitionen, um einheitliche  
657 Wettbewerbsbedingungen für eine klimaneutrale Umgestaltung der Industrie zu  
658 schaffen und so das Race To The Bottom bei Umweltschutzstandards zu beenden.

659 Die Vereinbarungen innerhalb eines solchen Klimaclubs sollten insbesondere  
660 umfassen:

- 661 • gesetzlich festgeschriebene ambitionierte Zwischenziele zur  
662 Emissionsminderung in den teilnehmenden Staaten und eine Verpflichtung zur  
663 Klimaneutralität bis spätestens 2050
  
- 664 • ein gemeinsames Emissionshandelssystem
  
- 665 • verbindliche Standards für die umweltverträgliche Förderung von Rohstoffen  
666 und den Umgang mit sensiblen Ökosystemen, insbesondere Regenwäldern,  
667 Grünland, Mangroven und Meeren
  
- 668 • eine Kooperation im Bereich von Zukunftstechnologien, insbesondere zur  
669 Herstellung von grünem Wasserstoff, zu Energiespeichern sowie zur Nutzung  
670 und Abscheidung von Kohlenstoff (CCUS-Technologien)

671 Die Klimakrise hat aber auch eine historische Dimension. Denn die Staaten, die  
672 bereits heute am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen,  
673 haben in der Vergangenheit die geringsten Emissionen gehabt. Deshalb ist ein  
674 Kernbestandteil der jährlichen Klimaverhandlungen die Unterstützung ärmerer  
675 Staaten bei Klimaschutz und Klimaanpassung. Dafür haben die entwickelten Länder  
676 ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar verbindlich zugesichert, ohne jedoch  
677 diese Zusage einzuhalten. Deutschland muss als historisch viertgrößter Emittent  
678 von Treibhausgasen seiner Verpflichtung nachkommen und seinen Beitrag zur  
679 globalen Klimafinanzierung nochmals aufstocken.

680 Ebenso liegt es in der historischen Verantwortung Deutschlands, möglichst  
681 schnell Klimaneutralität zu erreichen und damit nicht weiter zur Aufzehrung des  
682 globalen Treibhausgasbudgets beizutragen. Unser Ziel ist ein klimaneutrales  
683 Deutschland bis 2035.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.